

Infobrief

13. Oktober 2007



Peter Friedrich MdB

1. Bahnreform: Vorrang für Gemeinwohl

Neben dem neuen Grundsatzprogramm steht auch die Bahnreform auf der Tagesordnung auf dem Hamburger Parteitag. Gegen den von der Bundesregierung im Sommer vorgelegten Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung der DB AG hat sich erheblicher Unmut in weiten Teilen der SPD breit gemacht. Allein neun Landesparteitage haben sich in eindeutigen Beschlüssen gegen den ursprünglich vorgesehenen Börsengang ausgesprochen.

Kurt Beck hat im Vorfeld des Bundesparteitages zur Kompromissfindung eine elfköpfige parteiinterne Arbeitsgruppe berufen, zu der auch ich gehört habe. Mit dem dort gefundenen Kompromiss, der dem Parteitag vorliegt, werden die Bedenken aufgenommen und geheilt. Private werden ausschließlich mit breit gestreuten stimmrechtslosen Vorzugsaktien beteiligt. Damit ist klar: Der Auftrag der Daseinsvorsorge wird nicht den Interessen strategischer Investoren unterworfen, der Bund – als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger – erhält volle Kontrollrechte. Der integrierte DB-Konzern bleibt erhalten und die Bahn erhält neues Kapital, um sich weiter entwickeln zu können.

Mehr Informationen finden Sie auf meiner Homepage unter <http://peter-friedrich.info/index.php/pecms/subcat/5/22>

2. Arbeitslosengeld I

Ebenfalls auf der Tagesordnung des Hamburger Bundesparteitags steht der Leitantrag zur Verlängerung der Bezugszeit von Arbeitslosengeld I für Ältere um bis zu sechs Monate.

Die Arbeitslosenversicherung ist keine kapitalbildende Versicherung, sondern eine Risikoversicherung. Das heißt, mit längerer Einzahlungszeit steigen – im Gegensatz zur Rentenversicherung - Ansprüche nicht, vielmehr zählt das letzte Erwerbseinkommen. Es geht vielmehr darum, Menschen, die ihre Arbeit verlieren, für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit den Lebensstandard zu erhalten.

Da für ältere Menschen das Risiko, bei Verlust des Beschäftigungsverhältnisses lange in Arbeitslosigkeit zu verbleiben, deutlich höher ist, als das für Junge gilt, ist es nur richtig, die Bezugszeit für diese Gruppe zu verlängern. Im Gegensatz zu dem Modell von Rüttgers wollen wir nicht die Zahl der Beitragsjahre, sondern das Alter als Maßstab zu

rate ziehen. Das CDU-Modell würde bedeuten, dass ein älterer Arbeitnehmer, der ein zweites Mal arbeitslos wird, genauso behandelt würde, wie ein Neueinsteiger in die Versicherung. Das lehnen wir entschieden ab. Ebenso kommt für die SPD eine Verlängerung der Bezugszeit auf Kosten der jüngeren Versicherten nicht in Frage.

Die Anträge zum Bundesparteitag finden Sie unter

<http://parteitag.spd.de/servlet/PB/menu/1727813/index.html>

3. Eliteuniversität Konstanz

Vergangene Woche wurden die Gewinner der zweiten Runde der Exzellenzinitiative bekannt. Die Auszeichnung für die Universität Konstanz wertet den Landkreis als Wissenschaftsstandort noch weiter auf. Insbesondere begrüße ich das Ziel der Konstanzer Hochschule, sich ausdrücklich der Nachwuchsförderung zu verschreiben und sich zu einem führenden Zentrum insbesondere für junge Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher entwickeln zu wollen. Ich gratuiere der gesamten Universität herzlich!

Näheres zur Exzellenz-Initiative finden Sie auf der Homepage der Uni Konstanz unter

<http://www.uni-konstanz.de/exzellenz/>

4. Präventionsgesetz

Die Vermeidung von Krankheit ist erste und wichtigste Aufgabe im Gesundheitswesen.

Leider konzentrieren wir uns immer noch viel zu sehr auf die Behandlung von Krankheiten, die gar nicht erst hätten entstehen müssen.

Wir wollen die Prävention zu einer eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung ausbauen; die Qualität der Maßnahmen muss ebenso verbessert werden, wie die Koordination im Gesundheitssystem. Die Rolle der Prävention deutlich zu stärken bedeutet nicht nur, dass in Zukunft ein großer Anteil der Gesundheitsausgaben aufgrund niedriger Folgekosten eingespart werden kann. Wir stärken vielmehr zugleich das Prinzip der Nachhaltigkeit – und zwar ohne dabei einzelne Menschen von Gesundheitsleistungen auszuschließen.

Zurzeit finden Beratungen zu einem Präventionsgesetz im Bundesministerium für Gesundheit statt, in denen ich als Berichterstatter die SPD vertreten darf.

5. Uli Kelber in Konstanz

Mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Uli Kelber hatte ich am 18. Oktober einen erstklassigen Gast im Landkreis. Zusammen mit dem Umweltexperten fand u.a. ein Fachgespräch mit deutschen und schweizer Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden statt. Ganz oben auf der Tagesordnung standen neben dem drohenden Atomendlager Benken die anstehende Novellierung der Grünen Gentechnik, die Zukunft von Altana Pharma und der Abbau bürokratischer Hürden für die Wissenschaft.

Termine

Donnerstag, 25. Oktober bis Sonntag 28. Oktober

SPD-Bundesparteitag in Hamburg

Montag, 29. Oktober

Jörg Tauss MdB zu Besuch in Konstanz

10:00 Besuch der Internationalen Bodenseehochschule

14:45 Vorstellung des Exzellenz-Clusters „Kulturelle Grundlagen von Integration“

19:30 Eintreten für Soziale Demokratie – die SPD nach dem Bundesparteitag, Jörg

Tauss spricht im Konstanzer Zeppelin

Dienstag, 30. Oktober

Pflegereform: Vorstellung der Ergebnisse meiner Umfrage

04. November

Herbstwanderung in Gailingen

05. bis 09. September

Sitzungswoche des Deutschen Bundestags

09. November

10 Jahre Chérisy, Festakt

10. November

Tag der offenen Tür im Jugendzentrum Chérisy.

Ich biete um 11:00 Uhr und um 14:30 **Bürgersprechstunden** an.

Kontakt

Peter Friedrich MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 71153

Fax 030 / 227 – 76198

peter.friedrich@bundestag.de

<http://www.peter-friedrich.info>